

# **FORSCHUNGSSTELLE OSTEUROPA BREMEN**

**Arbeitspapiere und Materialien**

**Nr. 11**

**Rußland**

**August 1995**

**Erklärungsansätze der Herausbildung politischer  
Eliten in der Ukraine**

**von  
Andreas Wittkowsky**

**Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen**

Universitätsallee GW 1 \* 28359 Bremen

Telefon 0421/218-3687 \* Fax 0421/218-3269

## **Inhaltsverzeichnis**

1. Parteienpluralismus und politische Eliten .....	4
2. "Partei der Macht": Wissenschaftliche Karriere eines politischen Kampfbegriffs .....	9
3. Verschiedene Formen von Interessenstrukturierung .....	14
4. Elitenbildung und Nation .....	22
Literaturverzeichnis.....	24

### **Tabellen:**

Tab. 1: Fraktionen der Obersten Rada (Stand: Januar 1995).....	7
Tab. 2: Abstimmungsverhalten in der Obersten Rada.....	17

Die Meinungen, die in diesen "Arbeitspapieren und Materialien" der Forschungsstelle Osteuropa (Bremen) geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassungen der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit vorheriger Zustimmung der Forschungsstelle sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

## Erklärungsansätze der Herausbildung politischer Eliten in der Ukraine<sup>1</sup>

Die Urteile über die nationalen ukrainischen Eliten sind mitunter hart, aber angesichts des Ausmaßes des wirtschaftlichen Verfalls des Landes nach der staatlichen Unabhängigkeit nicht ohne Berechtigung. Der inzwischen zum innenpolitischen Berater von Präsident Leonid Kutschma berufene Direktor des Instituts für globale und regionale Sicherheit, Dmitrij Wydrin, und der Präsident der ukrainischen Socis Gallup Instituts, Mikola Tschurilow, beklagen gar das Fehlen einer Elite überhaupt: "Vielleicht war die [...] souveräne Ukraine 1991 das größte Land der Welt, das keine politische Elite hatte. Das Konglomerat von früheren Parteifunktionären und politischen Dissidenten, die sich nun an der Macht befanden, könnte man als *Prä-Elite* bezeichnen."<sup>2</sup> Letztere - so die Autoren weiter - konnte die entscheidenden Funktionen einer politischen Elite nicht erfüllen: die der effizienten Verwaltung, der Koordination und Integration, der optimalen Entscheidungsfindung, Prognose und Planung, der politischen Steuerung sowie der Kaderbildung.

Der Autor dieses Textes vertritt diesen normativen Elitenbegriff nicht. Vielmehr erachtet er für die hier angestellten Überlegungen eine Definition als sinnvoll, wie ihn zum Beispiel Jürgen Lüthje knapp formuliert: "Funktional hat jedes System seine Elite: diejenigen, die politisch und wirtschaftlich entscheidende Positionen innehaben."<sup>3</sup> Dennoch sind die von Tschurilow und Wydrin benannten Probleme und Ursachen größtenteils richtig. Die Sozialistische Sowjetrepublik Ukraine war kein Nationalstaat mit einer vollständigen politischen Elite, und die Hauptstadt Kiew war nur eine Zwischenstation der Provinznommenklatura auf dem Weg zur Macht in Moskau. Dieser 1991 zur nationalen Elite beförderten 'Provinzelite' gelang zwar die Durchsetzung und Absicherung der Unabhängigkeit, nicht jedoch der Umbau von Ökonomie und Gesellschaft. Der Aufbau eines neuen Nationalstaates wurde vornehmlich auf die Schaffung nationaler Attribute (Armee, Währung etc.) und nationaler Mythen (Geschichtsschreibung, Symbole u.a.) beschränkt, den Problemen des materiellen Überlebens des Staats und der Gesellschaft wurde wenig konkrete Aufmerksamkeit zuteil.<sup>4</sup> Grundsätzlich änderte sich mit der nationalen Unabhängigkeit allerdings der Bezugsrahmen für politisches und wirtschaftliches Handeln.

1994 erfolgten erstmalig nach der Unabhängigkeit Parlamentswahlen sowie die zweiten Wahlen zum Amt des Präsidenten. Die Wahl der Abgeordneten sorgte für die Neubesetzung eines Großteils der Parlamentssitze, und mit dem neuen Präsidenten Leonid Kutschma wurden Präsidentenadministration und Regierung weitgehend ausgewechselt. Bereits drei Jahre nach der Unabhängigkeit erfolgte also eine umfangreiche Restrukturierung der politischen Elite des Landes. Es ist davon auszugehen, daß mit dem Übergang zur Geldwirtschaft - der Trennung von Politik und Ökonomie - sich auch in der Ukraine unterschiedliche Interessen herausdifferenzieren und sich damit die Strategien politischer und wirtschaftlicher Interessendurchsetzung ändern. Im folgenden soll untersucht werden, inwieweit diese beiden Faktoren Einfluß auf den Prozeß der Elitenbildung haben. Konkret wird deshalb den Fragen nachgegangen,

---

<sup>1</sup> Im Haupttext werden russische und ukrainische Worte phonetisch umschrieben; Ortsnamen wie Kiew, Odessa, Krim werden in der im Deutschen üblichen Form geschrieben. Literaturangaben folgen der wissenschaftlichen ISO-Transliteration. Wird im Haupttext eine Transliteration als sinnvoll erachtet, so wird dies durch *kursive* Schreibweise gekennzeichnet.

<sup>2</sup> Čurilov / Vydrin 1994:1 (Übers. A.W.)

<sup>3</sup> Lüthje 1995

<sup>4</sup> Čurilov / Vydrin 1994:2,9

1. welche Ansätze zur Diskussion der Herausbildung ukrainischer politischer Eliten existieren;
2. welche Rolle dabei die Interessenlage der jeweiligen Akteure spielt; und
3. inwieweit diese Interessen auf die Konsolidierung nationalstaatlicher Strukturen zielen, sich ihnen gegenüber indifferent zeigen oder ihnen widersprechen - insbesondere, wenn es sich um ökonomische Interessen handelt.

Drei grundsätzliche Ansätze lassen sich herausfiltern: In der normativen Politikdebatte liegt - erstens - das Augenmerk auf der Herausbildung eines Mehrparteiensystems. Da dessen Herausbildung bisher nicht den von vielen gewünschten Vorstellungen entspricht, sehen - zweitens - Teile der (frustrierten) Intellektuellen eine "Partei der Macht" der alten Nomenklatura am Werke, die die Demokratisierung der Gesellschaft erfolgreich verhindert, um ihre eigene politische und ökonomische Machterhaltung abzusichern. Gegen diese Vorstellung eines monolithischen Interessenblocks wendet sich - drittens - der Versuch, politische Prozesse gerade als den Kampf verschiedener Interessengruppen zu interpretieren. Einerseits wird hierbei zurückgegriffen auf die Erklärung von Machtkämpfen in der Sowjetunion durch die Konkurrenz regional strukturierter Dynastien oder Klane; andererseits wird die Bedeutung sich differenzierender ökonomischer Interessenlagen betont. Selbstkritisch sei hier angemerkt, daß dabei den kriminellen Strukturen nicht der ihnen gebührende Platz eingeräumt wird.

### 1. Parteienpluralismus und politische Eliten

Der normative Zweig der Transformationstheorie und die auf ihr beruhende Politikberatung gehen davon aus, die Transformationsgesellschaften seien mehr oder weniger an den westlichen Idealtyp anzupassen - auch wenn einige Wissenschaftler nach intensiver Beschäftigung mit der Materie offensichtlich von Zweifeln befallen werden.<sup>5</sup> Claus Offe weist drei Dimensionen dieser Aufgabe im postsowjetischen Raum aus: erstens die Bestimmung und Konsolidierung von Staatsgebieten, zweitens die Etablierung einer Wirtschafts- und Eigentumsordnung und drittens die Demokratisierung dieser Staaten "durch verfassungsförmig abgesicherte Gewaltenteilung und Parteienwettbewerb".<sup>6</sup> Auch für Zbigniew Brzezinski ist das Ziel der "Großen Transformation" in der politischen Sphäre die Formierung stabiler demokratischer Parteien.<sup>7</sup>

Diese Vorgabe wird in der ukrainischen Debatte üblicherweise akzeptiert. Gerade Parteivertreter, denen im Erfolgsfall eine Karriere als Berufspolitiker winkt, werben intensiv für ein stabiles Mehrparteiensystem und entsprechende institutionelle Arrangements - so zum Beispiel ein Verhältniswahlrecht und ein Parteiengesetz. Sofern die Befürworter eines Mehrparteiensystem das anscheinend Selbstverständliche überhaupt begründen - und dies ist selten genug der Fall -, lassen sich drei Argumentationsstränge erkennen.

<sup>5</sup> Wilhelm Eberwein und Jochen Tholen (1994:294) beispielsweise beenden ihre Studie über "Russische Manager auf dem schwierigen Weg in eine offene Gesellschaft" mit dem bekannten Zitat des russischen Lyrikers Fjodr Tjutschow: "Mit der Vernunft ist Rußland nicht zu begreifen, mit der allgemeinen Elle nicht zu messen. Rußland ist von besonderer Struktur, an Rußland kann man nur glauben." Für die vorangegangenen 294 Seiten rationaler Erkenntnisgewinnung wahrlich ein tödliches Verdikt.

<sup>6</sup> Offe 1994:64-65

<sup>7</sup> Brzezinski 1994:123

Zum einen wird der historische Vorteil von Parteien in ihrem praktisch-demokratischen Nutzen gesehen. Parteien treten mit Programmen an, die unterschiedliche Interessen bündeln und den Bürgern damit rationale Wahlentscheidungen für (nationale) Politikoptionen ermöglichen.<sup>8</sup> Parteipolitiker - so die Hoffnung dieser Argumentation - sind in ihren zukünftigen Entscheidungen berechenbarer als über ein Persönlichkeitswahlrecht gewählte individuelle Kandidaten, da die jeweilige Partei zwischen den Wahlen eine wichtige Kontrollfunktion ausübt. Dagegen ist Offes Argument für die Parteiendemokratie ein staatspolitisches. Er gründet es auf die These, daß Parteien als kollektive politische Akteure "ein gemeinsames Interesse an der Stabilität liberaldemokratischer politischer Rechte und Verfahren haben".<sup>9</sup> Staatspolitisch motiviert ist auch ein drittes Argument, nach dem ein verlässliches Parteiensystem die Vorarbeit für die Formierung einer nationalen politischen Elite leistet, Parteien also die Funktion eines Reservoirs künftiger Politikergenerationen zu kommen soll.

Bisher ist das von Neugründungen und Zusammenschlüssen gekennzeichnete ukrainische Parteiensystem allerdings nicht in der Lage, die hier geäußerten Erwartungen zu erfüllen. Dies liegt aber nicht nur daran, daß die Gesetzgebung die Herausbildung eines Parteiensystems erschwert (s.u.). Offensichtlich sind Interessenlagen und politische Orientierungen noch zu wenig gefestigt, um an die bestehenden politischen Parteien gebunden zu werden. Dies liegt vor allem an der Entstehungsgeschichte der neuen ukrainischen Parteien.

#### *Vom Einparteiensystem zum Immer-Mehr-Parteiensystem*

In der Spätphase der *Perestrojka* entstanden verschiedene oppositionellen Strömungen - sowohl außerhalb als auch innerhalb der KPdSU und ihres ukrainischen Ablegers, der KPU. Außerparteilich entstand von 1988 an in Dissidenten- und Intellektuellenkreisen - der Ukrainischen Helsinki-Union, Memorial, dem Schriftstellerverband - eine Diskussion über eine Volksfrontbewegung nach baltischem Muster, die in der Gründung von *Narodnij Ruch* (ursprünglich: "Volksbewegung zur Unterstützung der *Perestrojka*") kulminierte.<sup>10</sup> Nach den unionsweiten Wahlen 1990, bei denen zum ersten Mal in der Geschichte der Sowjetunion eine begrenzte Kandidatenvielfalt zugelassen war, bildete sich innerhalb der KPdSU eine "Demokratische Plattform" heraus.<sup>11</sup> Sowohl *Ruch* als auch die *Demplatform* waren keine Parteien, sondern lose Bündnisse mit dem Ziel der Demokratisierung der Gesellschaft; Mitgliedschaften und Affinitäten überschneiden sich teilweise. Das von 1990-94 amtierende Parlament (Oberster Rat, *Verchovna Rada*) kannte keinen Fraktionszwang, und die Abgeordneten stimmten meist nicht nach Parteizugehörigkeit ab.<sup>12</sup>

Der Zusammenbruch des Machtmonopols der Kommunistischen Partei führte zunächst zu einem äußerst dynamischen Immer-Mehr-Parteien-System. *News from Ukraine* meldete Anfang 1991: "Die vergangene Woche war vor allem dadurch gekennzeichnet, daß in der Ukraine keine neuen politischen Parteien gegründet wurden."<sup>13</sup> Bis zum Frühjahr 1995 wurden über 40 Parteien beim ukrainischen Justizministerium registriert.<sup>14</sup> Keine dieser

---

<sup>8</sup> Ryžkov 1994:15

<sup>9</sup> Offe 1994:88

<sup>10</sup> Für eine detaillierte Beschreibung dieses Prozesses siehe Haran' 1993:17-70

<sup>11</sup> Haran' 1993:91-93

<sup>12</sup> Kuzio 1993:826

<sup>13</sup> Zit. nach Kuzio 1993:825

<sup>14</sup> Soskin 1995:31

neuen Parteien verfügt über eine Massenbasis; selbst die aus der erfolgreichen Volksbewegung hervorgegangene Partei *Ruch* hatte nie mehr als 50.000 Mitglieder. Der Großteil der neuen politischen Organisationen entstand um eine bestimmte Initiativgruppe oder um eine Führerpersönlichkeit herum, die sich zunächst kaum voneinander abgrenzen ließen.<sup>15</sup> So hatten die miteinander konkurrierenden Parteien Schwierigkeiten, sich ein eigenständiges programmatisches Profil zu geben. Im Gegenteil: die Positionen zur Staatsbildung, der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, zu Religion, Kultur und Umwelt ähnelten sich auffallend.<sup>16</sup>

Die ersten Parlamentswahlen nach der Unabhängigkeit 1994 wurden zum Lackmuster für die neuen Parteien, insbesondere weil ihre Konsolidierung durch das Wahlrecht nicht gefördert wurde. Das im November 1993 verabschiedete Gesetz "Über die Wahlen der Volksdeputierten der Ukraine" folgte den Interessen der nicht mehr parteipolitisch organisierten Parlamentsmehrheit - mitunter als "Partei der Macht" charakterisiert (vgl. hierzu Abschnitt 2).<sup>17</sup> So entschied sich die Oberste Rada für ein absolutes Mehrheits- und Persönlichkeitswahlrecht: In jedem der 450 Wahlkreise mußte ein Kandidat mindestens 50% der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen, um gewählt zu werden. Die Mindestwahlbeteiligung wurde ebenfalls auf 50% der Wahlberechtigten in jedem der 450 Wahlkreise festgelegt (Art. 43).

Weiterhin waren außer den Parteien auch die Arbeitskollektive und individuelle Wähler eines Wahlkreises berechtigt, Kandidaten vorzuschlagen. Nominierungen durch Arbeitskollektive erforderten die Unterschrift eines seiner Vertreter, Nominierungen durch Wähler die Unterschrift von 10 Wahlberechtigten. Dagegen wurden Parteikandidaten dadurch behindert, daß sie einen umfangreichen Nominierungsprozeß durchlaufen mußten (Art. 23). Der Anteil von Parteikandidaten an den insgesamt 5.833 Kandidaten des ersten Wahlganges betrug dementsprechend nur 11%.<sup>18</sup> Allerdings ließen sich der Einfachheit halber auch Parteimitglieder als unabhängige Bewerber aufstellen.

Die Begrenzung der persönlichen Wahlkampffonds auf 100 Minimallöhne (6 Mio Karbowanez oder 300 DM; Art. 36) erlaubte kaum private Wahlkampfaktivitäten. Die in den staatlichen Medien zugestandene Wahlwerbung (Art. 27; 34) war begrenzt, und der Zugang zu den anderen, zumeist von staatlichen Subventionen abhängigen Medien blieb vielen Kandidaten verwehrt. Begünstigt wurden dadurch jene Bewerber, die bereits über einen hohen lokalen Bekanntheitsgrad verfügten und über die in ihrer Eigenschaft zum Beispiel als Betriebs- oder Kolchosdirektor berichtet werden konnte.<sup>19</sup> Durch diese Regelungen wurden insbesondere Kandidaten von kleinen Parteien behindert, denen es nicht gelungen war, sich eine nationale Reputation zu verschaffen.

---

<sup>15</sup> Kuzio 1993:826-30

<sup>16</sup> Bilous et al. 1993:122

<sup>17</sup> Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf die englische Übersetzung des Gesetzes in: IFES 1994:141-57

<sup>18</sup> EU 1994

<sup>19</sup> European Media Institute: The media coverage of the Ukrainian parliamentary elections. Preliminary assessment (28.03.1994):2-4, in: EU 1994

**TABELLE 1: Fraktionen der Obersten Rada (Stand: Januar 1995)**

<b>Fraktion; Gruppe/Zusammensetzung nach Parteien</b>	<b>Sitze</b>	<b>Anteil</b>
<b>Kommunisten der Ukraine für soziale Gerechtigkeit und Volksmacht</b> KPU 84; p/los 6	90	22,4%
<b>Ruch</b> NRU 20; p/los 7	27	6,7%
<b>Sozialistische</b> SPU 14; p/los 8; KPU 5	27	6,7%
<b>Zentrum</b> p/los 33	33	8,2%
<b>Ukrainische</b> p/los 32; SelPU 15; SPU 1	48	12%
<b>Reformen</b> p/los 25; PDWU 3; ChDPU 1; LPU 1; SDPU 1; URP 1	36	9%
<b>Einheit</b> p/los 28; GKU 1; PDWU 1; SelPU 1	31	7,7%
<b>Staatlichkeit</b> 15 p/los; 10 URP; KUN 3; DemPU 2	30	7,5%
<b>Interregionale</b> 24 p/los; PTU 5; GKU 1; SDPU 1	31	7,7%
<b>Unabhängige</b> p/los 27; KPU 1; SelPU 1	29	7,2%
<b>Fraktionslose</b> p/los 14; KUN 2; SDPU 1; UKRP 1; UNA 1	19	4,7%

Abkürzungen: ChDPU = Christlich-Demokratische Partei; DemPU = Demokratische Partei; GKU = Bürgerkongreß; KPU = Kommunistische Partei; KUN = Kongreß Ukrainischer Nationalisten; NRU = *Ruch*; PDWU = Partei der Demokratischen Wiedergeburt; SDPU = Sozialdemokratische Partei; PTU = Arbeitspartei; SelPU = Bauernpartei; SPU = Sozialistische Partei; UNA = Ukrainische Nationalversammlung; UKRP = Konservative Republikanische Partei; URP = Republikanische Partei

Quellen: siehe Fußnote 20

Das von vielen Parteivertretern als parteienfeindlich bekämpfte Wahlrecht bewirkte tatsächlich eine gewisse Klärung politischer Kräfteverhältnisse. Einerseits wurden Parteien, die lediglich kleine Zirkel um intellektuelle oder politische Führungspersonlichkeiten darstellten, in die Bedeutungslosigkeit verbannt. Andererseits waren diejenigen Parteien, die ein gewisses Maß an Massenunterstützung für ihr Organisationsprofil mobilisieren konnten, durchaus in der Lage, erfolgreich aus den Wahlen hervorzugehen. Drei Parteien gelang es, ausreichend Mandate zur Bildung einer eigenen Fraktion zu erlangen.

Einen überwältigenden Erfolg verzeichnete die im Juni 1993 wiedergegründete Kommunistische Partei (KPU), deren Fraktion "Kommunisten der Ukraine für soziale Gerechtigkeit und Volksmacht" mit 90 Abgeordneten (davon 84 KPU) zugleich die stärkste organisierte parlamentarische Kraft ist. Zudem konnte sie noch sechs "Leihmandate" an die 27-köpfige Sozialistische Fraktion (davon 14 SPU) abgeben.<sup>20</sup> Auf der anderen Seite des politischen Spektrums konnte nur *Ruch* eine Fraktion von ebenfalls 27 Abgeordneten gründen (davon 20 *Ruch*). *Ruchs* Gegenspieler im national-demokratischen Lager dagegen, die Ukrainische Republikanische Partei, stellt in der Gruppe "Staatlichkeit" nur die Minderheit (10 URP). Die Parteien des sogenannten Zentrums, die in ihrer Ausrichtung entweder sozialdemokratisch und/oder liberal sind, konnten dagegen kaum Mandate erringen. Tatsächliche Wahlsieger sind jedoch die 219 parteilosen, "unabhängigen" Abgeordneten (55%), die sich größtenteils einer der übrigen sechs Fraktionen angeschlossen haben.

Bei den vier stärksten Parteien lassen sich regionale Hochburgen identifizieren, die die oft beklagte politische Spaltung des Landes bestätigen (vgl. hierzu Abschnitt 3). Die Wählerschaft von KPU und SPU befinden sich im Osten des Landes, diejenige von *Ruch* und der URP im Westen.<sup>21</sup> Auch ein Verhältniswahlrecht, das zur Wahl von Parteien zwingt und unabhängige Abgeordnete verhindert, hätte also kaum zu einer national homogenen Parteiendemokratie beitragen können. Wadym Ryshkow vertritt deshalb die These, daß das von den Parteien geschmähte Persönlichkeitswahlrecht zur sozialen Stabilität und zur friedlichen Entwicklung in der Ukraine wesentlich beiträgt. Einem Mehrparteiensystem traut er die Beförderung dieser Aufgaben nicht zu:

"The effectuation of a multi-party system through elections on a party/proportional basis may completely de-stabilize Ukrainian society, leading to ethnic and regional conflicts. [...] Furthermore, given the present state of governmental and societal breakdown, of the complete lack of social welfare programs for the population, of the crisis in society's ability to project cultural or spiritual values, the maintenance of workers' collectives and collective farms may actually play an important, if not even the most critical role in securing social stability. An enterprise director or a manager ("boss"), given these conditions, almost automatically becomes the "father-figure", the patron, who represents hope and a guarantee of survival in the unforeseen future. [...] in light of this dependence, voters will keep voting for these officials now and in the future [...]."<sup>22</sup>

<sup>20</sup> Zusammensetzung der Fraktionen - ausgehend von 401 anerkannten Mandaten - nach: Deputatskie grupy i frakcii v verchovnom sovete Ukrainy. *Ukraina segodná* No 7:65-71, Kiev: Centr politi eskich issledovanij i konfliktologii (Januar 1995); Parteizugehörigkeiten nach IFES 1994. Durch Nachwahlen und Parteiübertritte sind inzwischen geringfügige Änderungen eingetreten.

<sup>21</sup> Vgl. Wittkowsky 1995, Anhang 1

<sup>22</sup> Ryžkov 1994:16

Zur Zeit ist die Teilhabe der Obersten Rada an politischen Entscheidungen und an der Rekrutierung der Machtelite sehr begrenzt. Bisher hat das Parlament relativ wenig Gesetze verabschiedet, die den Staatsaufbau bzw. die wirtschaftliche Entwicklung des Landes betreffen. Politik wird vom Präsidenten und der von ihm berufenen und kontrollierten Regierung gemacht, seit Kutschma direkt nach der Wahl Aktivitäten zur Sicherung seiner politischen Handlungsfähigkeit entwickelte. Im August 1994, nach Beginn der parlamentarischen Sommerpause, unterstellte er sich das Ministerkabinett und die Sowjet-Vorsitzenden auf regionaler (*oblast*) und lokaler Ebene.<sup>23</sup> Danach wurden die wichtigsten Ministerposten sukzessive mit parteilosen Kandidaten neubesetzt.<sup>24</sup> Die wichtigen wirtschaftlichen Reformschritte wurden ebenfalls per Dekret angeordnet, so zum Beispiel die Einrichtung einer Devisenbörse im Oktober 1994, die Preisfreigaben im November 1994, das Privatisierungsprogramm für 1995 u.a. Diese Art zu regieren ist jedoch nur in der Übergangszeit möglich, die durch das Fehlen von Verfassung und Verfassungsgerichtsbarkeit sowie durch mangelnde oder widersprüchliche gesetzliche Regelung vieler Politikbereiche gekennzeichnet ist.

Angesichts der relativen Schwäche des Parteiensystems bleibt die Frage, nach welchen Kriterien sich die Eliten in der Ukraine strukturieren und wie sie auf den politischen Prozeß einzuwirken versuchen. In der ukrainischen Debatte haben sich drei Erklärungsmuster für die interessenbezogene Herausbildung politischer Eliten entwickelt: die Herrschaft der "Partei der Macht", die Konkurrenz regional strukturierter und die Konkurrenz nicht-regional strukturierter Interessengruppen um die politische Macht. Jeder dieser Ansätze beschreibt nicht nur unterschiedliche Kriterien, nach denen sich Eliten konstituieren, sondern sie legen auch bestimmte Einstellungen der jeweils beschriebenen Eliten gegenüber dem jungen Nationalstaat nahe.

## 2. "Partei der Macht": Wissenschaftliche Karriere eines politischen Kampfbegriffs

Obwohl viele sowjetische Spitzenfunktionäre ihre Positionen nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion verloren, ist es unbestritten, daß in fast allen Nachfolgestaaten die Vertreter der alten Funktionseliten auch heute die Politik bestimmen. Dieses Phänomen wird mitunter mit der Existenz einer informellen "Partei der Macht" erklärt, die eine verborgene Strategie der Machtsicherung verfolgt. In Belarus beispielsweise ist dieser Begriff "die weit verbreitete Bezeichnung für die zweite Reihe der alten Nomenklatur".<sup>25</sup> Ausgangspunkt für solche Überlegungen ist die Tatsache, daß zwar die Unabhängigkeitsbewegungen in allen Sowjetrepubliken in Opposition zur Parteiherrschaft standen, die Unabhängigkeitserklärungen selbst aber nicht gegen den Widerstand der nationalen Filialen der KPdSU, sondern gerade mit ihrer aktiven Unterstützung verabschiedet wurden. Andernfalls wäre die Supermacht wohl auch kaum ohne nennenswerte Gewaltanwendung in ihre Unionsrepubliken zerfallen.

---

<sup>23</sup> Ukazy Prezidenta Ukrainy "O merach po osu estvlennū strukturnych izmenenij i obespe enū rukovodstva v sfere gosudarstvennoj izpolnitelnoj vlasti"; "Ob obespe enii rukovodstva strukturami gosudarstvennoj izpolnitelnoj vlasti na mestach". *Interfax-Ukraine*, 09.08.1994, 11:30

<sup>24</sup> Vgl. Wittkowsky 1995, Anhang 3

<sup>25</sup> Hoff / Timmermann 1994:7

In der während der gesamten *Perestrojka* zum konservativen Lager gehörenden KPU bildete sich nicht nur der ukrainische Zweig der Demokratischen Plattform heraus. Auch die sogenannte "Gruppe 239", d.h. die Kommunistische Fraktion der Obersten Rada, teilte sich in zwei Lager. Das eine, unter dem KPU-Chef Stanislaw Hurenko, hielt an einer "orthodoxen", allsowjetischen Linie fest, wogegen das andere um den Parlamentspräsidenten Krawtschuk angesichts der Krise der Sowjetunion zunehmend eine "souverän kommunistische" Position einnahm:<sup>26</sup>

"Perhaps the most important convert to sovereignty was Kravchuk himself. Although it is difficult to pinpoint when this happened, certainly by the beginning of the year [1991] it was increasingly evident that the Ukrainian leader was distancing himself from the traditionally orthodox republican communist party leadership and assuming the position of an independent player in the conflict between the parliamentary majority and the democratic opposition. The clearest indication of Kravchuk's middle-of-the-road position came at the Central Committee of the Ukrainian Communist Party, where his disagreement with Party First Secretary Stanislaw Hurenko burst into the open. At the time, *Izvestiya* observed that it was the first time in years that participants in a plenum had been witnesses to differences in the party's top leadership. At the same time, Kravchuk began to assume the role of chief spokesman for Ukrainian sovereignty, both vis-à-vis Moscow and in the international area."<sup>27</sup>

Der Putsch gegen Gorbatschow im August 1991 beschleunigte dann die Ereignisse dramatisch. Nachdem sich Krawtschuk zunächst noch bedeckt gehalten hatte, handelte er umso entschiedener, als das Scheitern des Umsturzes abzusehen war. Durch den Sieg der Demokraten in Moskau war nun auch der orthodoxe Flügel der Kommunisten in die Defensive geraten, und die Unabhängigkeit bot sich als einziger Ausweg an, das eigene Fell aus dem Strudel der Reformen zu retten.<sup>28</sup> Und so war es nicht Krawtschuk, sondern sein parteiinterner Gegenspieler Hurenko, der vor der entscheidenden Abstimmung am 24. August seine Genossen auf die Unabhängigkeit einschwor mit den Worten: "Today we will vote for Ukrainian independence, because if we don't we're in the shit."<sup>29</sup> Wenig später beschloß die kommunistische Mehrheit der Obersten Rada auch die Suspendierung und dann das Verbot der Kommunistischen Partei, was letztendlich einer Selbstaflösung gleichkam.

Für Hurenko war dies das Ende seiner politischen Karriere, Krawtschuk jedoch konnte zum Präsidenten eines souveränen Landes aufsteigen, nachdem er die ersten Präsidentschaftswahlen am 1. Dezember 1991 klar für sich entschied. Auch für den Großteil der kommunistischen Parteifunktionäre bedeutete die Unabhängigkeit nicht den Verlust, sondern die Rettung ihrer Positionen. Die von Krawtschuk berufenen Präsidentenvertreter in den Regionen waren üblicherweise die ehemaligen Ersten Sekretäre der regionalen Parteiorganisationen.<sup>30</sup> Auch die übrigen kommunistischen Funktionäre behielten nach dem Verbot der Partei in der Regel ihre in Personalunion wahrgenommenen Funktionen auf den verschiedenen Ebenen der Staatsverwaltung bei.

---

<sup>26</sup> Haran' 1993:159

<sup>27</sup> Solchanyk 1992:35-36

<sup>28</sup> Belyj 1994:117

<sup>29</sup> Zitiert nach: *The Economist: A survey of Ukraine*, 07.04.1994:3

<sup>30</sup> Garkuša 1993

Die sowjetischen Staatsgewerkschaften konnten sich als nationale "Föderation der Gewerkschaften der Ukraine" (FPU) rekonstituieren. Ihr Vorsitzender wurde der Krawtschuk-Berater Aleksandr Stojan, dem es gelang, den Verband durch alle politischen Untiefen zu steuern. Im Gegensatz zu den russischen Gewerkschaften konnte die FPU sowohl ihr nicht unbeträchtliches Vermögen als auch die Verwaltung der nun formal staatlichen Sozialversicherung behalten.<sup>31</sup>

Ideologisch sicherten die Vertreter des alten Systems ihre Positionen durch die Übernahme fast aller Programmpunkte von *Ruch* ab und empfahlen sich als Garanten der nationalen Souveränität und Architekten des Nationalstaats.<sup>32</sup> Diese Strategie war durchaus erfolgreich, insbesondere weil sie zur Spaltung der Opposition führte. Während *Ruch* unter seinem Vorsitzende Wjatscheslaw Tschornowil auch weiterhin in Opposition zu den alten Kräften blieb, wählte die URP den Weg der pragmatischen Umarmung der alten politischen Gegner. Um das wichtigste politische Ziel, die Konsolidierung der staatlichen Unabhängigkeit, zu erreichen, war es nach Meinung des URP-Vorsitzenden Mychajlo Horyn unabdingbar, auf die qualifizierten Fachleute aus der alten KP zurückzugreifen und die Präsidentschaft Krawtschuks zu unterstützen.<sup>33</sup> Der jahrelange, von persönlichen Vorwürfen begleitete Streit zwischen beiden Parteien zerstörte das hohe Ansehen vieler Nationaldemokraten, das sie als Dissidenten bzw. als moralisches Gewissen des Landes erworben hatten.<sup>34</sup>

#### *Einheitliche Machtsicherungsstrategien als "Partei der Macht"?*

Im oppositionellen Lager wurde der Begriff "Partei der Macht" zum wichtigsten politischen Kampfbegriff. Erfolgreichen politischen Begriffen ist gemeinsam, daß sie sich durch eine gewisse analytische Unschärfe auszeichnen (müssen), damit möglichst viele Menschen ihre eigenen Vorstellungen mit ihnen assoziieren können. Und so verwundert es auch nicht allzu sehr, daß die Bemühungen wissenschaftlicher Anhänger dieses Begriffs, ihm die höheren Weihen einer objektiven Tatsache zu verleihen, die erwünschte Klarheit nicht schaffen können.

Die frühesten Definitionen der "Partei der Macht" - so zum Beispiel von Andrew Wilson und Walentyn Jakuschik - gehen noch von einem monolithischen politischen Block aus, der sich zusammensetzt aus den "pragmatisch orientierten und de-ideologisierten oberen Rängen des alten Establishments, Repräsentanten des Staatsapparats, der Massenmedien und der Manager in den traditionellen Sektoren von Industrie und Landwirtschaft".<sup>35</sup> Obwohl bereits hier bis zu fünf unterschiedliche Interessengruppen zu erkennen sind, wird doch eine Fortsetzung der (ebenfalls als monolithisch angenommenen) Kommunistischen Partei mit anderen Mitteln unterstellt. Die Historiker Wolodymyr Polochalo und Anatolij Sljusarenko, Redakteure der politischen Zeitschrift *Politytschna dumka / Polititscheskaja mysl / Political Thought*, betonen die gemeinsamen Interessen dieser "latenten politischen Koalition" und verweisen auf den erfolgreichen Versuch, ihre politische Macht zu festigen; zum einen durch die Unterstützung der Präsidentschaft Krawtschuk und zum anderen dadurch, daß die meisten Gruppen der nationaldemokratischen Gegenelite durch die

<sup>31</sup> Pichovšek 1994a; Wittkowsky 1994

<sup>32</sup> Rábčuk 1994:155

<sup>33</sup> Autoreninterview mit Mychajlo Horyn', Vorsitzender der URP, 27.02.1995

<sup>34</sup> Ráb uk 1994:156; Mustafin 1994

<sup>35</sup> Zitiert nach Rábčuk 1994:154 (Übers. A.W.)

Gewährung einer begrenzten Teilhabe am "Markt der Macht" neutralisiert wurden.<sup>36</sup> Auch der Schriftsteller und Politologe Mykola Rjabtschuk geht von einem kollektiven Machtbesitz und einer gemeinsamen Interessenlage aus, sieht aber eher gemeinsame Instinkte einer durch Herkunft bestimmten Gemeinschaft als das koordinierte politische Handeln einer organisierten politischen Kraft:

"This «party» can be truly considered «crypto-communist», to a large extent, for its members habitually display political and economic conservatism, a penchant for authoritarianism and command-administrative methods of activity, along with a high degree of mutual protection and clannish association. [...]

It is clear, though, that it was not a party in the true sense of the word [...]. It was a state - i.e., state apparatus, a collective possessor of political power and property; and it is this situation that it tries to freeze with its ostentatious «non-party status».

Even if we consider the activities of the «party of power» without any coordination, the very fact of its representatives' concerted actions testifies to their belonging to a certain community whose members have common («correct» in Orwell's terms) instincts. These instincts help them survive in the social environment.

The only *principle* this «party» will *never betray* is preservation of its own power and property (in any ideological wrapping or under any political slogan), while all other 'principles are secondary, rudimentary and dispensable."<sup>37</sup>

Da auch nach dem Präsidentenwechsel von Leonid Krawtschuk zu Leonid Kutschma ein Mitglied der alten Eliten an der Spitze des ukrainischen Staates steht, wird von den enttäuschten Teilen der Intelligenzija ein abermaliger Sieg der "Partei der Macht" angenommen, auch wenn gewisse qualitative Veränderungen zugestanden werden. So heißt es beispielsweise bei Aleksandr Dergatschow und Sergej Makeew - zwei weiteren Redakteuren von *Polititscheskaja myst*: "The strategy of economic reforms offered by President Leonid Kuchma is the best of which the party of power is capable."<sup>38</sup>

Es ist zwar richtig, daß fast alle politischen und wirtschaftlichen Institutionen der Ukraine von Vertretern der alten Nomenklatura besetzt sind, doch dies ist auch in anderen postkommunistischen Ländern der Fall. Insbesondere der wirtschaftliche Systemwandel wird in der Regel von den alten Eliten betrieben, die dazu allerdings die Werte und Normen der kommunistischen Ära über Bord geworfen haben.<sup>39</sup> Nur unter moralischen Gesichtspunkten mag in diesem Zusammenhang von einer einheitlichen Weiterexistenz der alten herrschenden Klasse gesprochen werden. Die entscheidende analytische Schwäche dieses Ansatzes ist jedoch die unterschwellige Annahme, daß die Akteure der "Partei der Macht" eine gemeinsame, gleiche Strategie zur Wahrung ihrer Interessen verfolgen. Dabei liegen Welten zwischen den Wirtschaftspolitiken der bisherigen Präsidenten und Regierungen der Ukraine, auch (und gerade wenn) man unterstellt, daß sie der Machtsicherung des Politikers und der von ihm repräsentierten Interessengruppen dienen sollen.

<sup>36</sup> Polochalo / Slūsarenko 1993:111

<sup>37</sup> Rābčuk 1994:155

<sup>38</sup> Dergačev / Makeev 1994:106

<sup>39</sup> Für Polen, Ungarn und Tschechien siehe z.B. Mink / Szurek 1994

Bereits die gesamte Präsidentschaft Krawtschuks war gekennzeichnet von Auseinandersetzungen innerhalb der sogenannten "Partei der Macht" - sowohl innerhalb des Parlaments, der Regierung, der Präsidentenverwaltung als auch zwischen den jeweiligen Institutionen. Entsprechend haben diese ersten drei Jahre der Unabhängigkeit auch drei Regierungen verschlissen. Die Einschätzung der ersten Regierung unter Witold Fokin, der auf eine 20-jährige Berufstätigkeit in der staatlichen Planbehörde zurücksehen konnte, ist noch relativ einfach. Entsprechend der Herkunft ihres Premierministers war sie marktwirtschaftlichen Reformen gegenüber äußerst skeptisch eingestellt und trachtete danach, möglichst viele Elemente der alten Kommandowirtschaft in die Unabhängigkeit hinüberzuretten. Diese Politik wurde auch dann noch beibehalten, als die russischen Preisreformen Anfang 1992 die Anpassung der heimischen Preise erforderten, um den zunehmenden Export subventionierter ukrainischer Produkte zu unterbinden, der den Staatshaushalt endgültig zu sprengen drohte. Die Anpassung der Preise erfolgte in erster Linie über administrative Maßnahmen. Angesichts des zunehmenden Verfalls der ukrainischen Wirtschaft und des Lebensstandards trat die Regierung im Herbst 1992 zurück.<sup>40</sup>

Die zweite ukrainische Regierung unter Leonid Kutschma konnte angesichts der Krise zunächst auf eine breite politische Unterstützung bauen. Im November 1992 erhielt der ehemalige Direktor der größten sowjetischen Raketenfabrik "Juschmasch" (Dnjepropetrowsk) von der Obersten Rada Sondervollmachten. Sie erlaubten der Regierung, wirtschaftspolitische Maßnahmen per Dekret - ohne Abstimmung mit dem Parlament - durchzusetzen. Die Leistungen Kutschmas werden unterschiedlich beurteilt, auch von internationalen Beobachtern. Unstrittig ist, daß die Ukraine während seiner Amtszeit einen wirtschaftlichen Negativrekord erzielte. Daniel Kaufmann, Leiter des Weltbankbüros in Kiew, bemerkt lapidar: "The inflation rate in 1993 was the highest for a country not at war."<sup>41</sup> Im weiteren verweist Kaufmann jedoch auch auf positive Leistungen der Regierung Kutschma, insbesondere was den Rückgang administrativer Kontrollen der Wirtschaft anbelangt. Wesentlich kritischer sind die Analytiker des Osteuropa-Instituts in München, sie sind aber bereit, dies in erster Linie auf Kutschmas Niederlage im Machtkampf um die Verteilung der gesellschaftlichen Kosten der Wirtschaftsreformen zurückzuführen.<sup>42</sup>

Die gallopiierende Inflation wird von allen Autoren in erster Linie auf staatliche Subventionen für alle Bereiche der Wirtschaft zurückgeführt. Aufgrund der starken Agrarlobby im Parlament, dem die Hoheit über Kreditemissionen zufällt, ist die Kreditvergabe an die Landwirtschaft zur Saat- und Erntezeit jedoch überproportional an der Gesamtinflation beteiligt gewesen. Der im März 1993 beschlossene Frühjahrskredit bedeutete das Ende von Kutschmas Stabilisierungsversuchen, die Absage an die Verlängerung der Sondervollmachten das Ende seiner Reformversuche überhaupt. Im August trat der Vize-Premier Wiktor Pinsenik zurück, im September dann auch der Regierungschef.<sup>43</sup>

Dritter Premierminister unter Krawtschuk wurde dann Jefim Swjagilskij, ein Vertreter der Kohleindustrie in Donezk. Unter seiner Ägide setzte die Regierung wiederum auf Maßnahmen der staatlichen Wirtschaftssteuerung, und der Index administrativer Kontrollen kehrte auf seinen Ausgangspunkt zur Zeit der ukrainischen Unabhängigkeit zurück. Administrativ wurde auch die inflationstreibende Finanzierung des Haushaltsdefizits

---

<sup>40</sup> Dabrowski 1994:117-119; Kaufmann 1994:68

<sup>41</sup> Kaufmann 1994:52

<sup>42</sup> Clement et al. 1993:2

<sup>43</sup> Dabrowski 1994:118; Kaufmann 1994:68-69

bekämpft, die 1993 zu 90% der Zentralbankemissionen beigetragen hatte. Um die Wiederholung dieser Praxis zu vermeiden, verfolgte die Regierung in Hinsicht auf ihre Verbindlichkeiten eine Dario-Fo-Politik des "Bezahlt wird nicht!". Kurzfristig gelang es dadurch, die Inflationsrate zu drücken, gleichzeitig akkumulierten jedoch die Zahlungsrückstände für Löhne, Renten und Unternehmenskredite, so daß das inflationäre Potential lediglich rückgestaut wurde.<sup>44</sup>

Allen Regierungen unter Krawtschuk ist gemeinsam, daß ihnen Vertreter der "Partei der Macht" vorstanden: ein traditioneller Staatsbürokrat (Fokin) sowie jeweils ein Industrieller aus dem Militärisch-Industriellen Komplex (Kutschma) und aus der Kohleindustrie (Swjagilskij). Alle vertraten jedoch unterschiedliche Politiken, von denen keine auf andauernde Unterstützung durch die Parlamentsmehrheit setzen konnte, obwohl diese ebenfalls bei der "Partei der Macht" lag. Analytisch trifft dieser attraktive politische Kampfbegriff also allenfalls für eine kurze Übergangszeit zu, in der es tatsächlich ein gemeinsames Interesse der von ihm beschriebenen Gruppen gab. Die Herausbildung von Interessengegensätzen und der politischen Strategien ihrer Träger ist dagegen durch die vermutete Existenz einer "Partei der Macht" nicht zu erfassen. In den nächsten beiden Abschnitten wird deshalb das Augenmerk auf analytische Ansätze gerichtet, die dieses Defizit nicht vorweisen.

### **3. Verschiedene Formen von Interessenstrukturierung**

Der Kern der Transformation ist der Übergang von einer politischen Kommandowirtschaft zur Geldwirtschaft, die Trennung von politischer und ökonomischer Sphäre. In diesem Prozeß differenzieren sich unterschiedliche Interessen heraus. Damit sollten sich die Strategien politischer und wirtschaftlicher Interessendurchsetzung ändern. Zwei Positionen stehen sich hier gegenüber: Einerseits wird davon ausgegangen, daß regionale Interessen und Loyalitäten dominant sind. Demnach bilden sich relativ einheitliche regionale Interessen heraus, und regionale Elitennetzwerke versuchen, auf die nationale Politikebene Einfluß bzw. von ihr Abschied zu nehmen (Separatismus). Gegen diese These vom großen Schulterschuß auf der Regionalebene wird vertreten, daß wirtschaftliche Interessen dominant sind, die sich in der Regel nicht regional bündeln lassen können. Vielmehr sind die ökonomischen Chancen von Branchen oder sogar Teilbranchen das entscheidende Moment bei der Artikulation politischer Forderungen und der Mobilisierung von Unterstützung.

#### *Regionale Interessen und Interessenkonflikte*

Weltweit ermöglichen kurze Wege, gegenseitige Bekanntschaften und gute Kenntnisse der örtlichen Probleme die Herausbildung von mehr oder weniger formalen Beziehungen zwischen Interessengruppen auf regionaler Ebene. Dies ist in der Ukraine nicht anders. Einige ukrainische Analytiker weisen diesen regionalen Netzwerken und den von ihnen verfolgten Strategien der Interessendurchsetzung die entscheidende Rolle bei der Strukturierung nationaler Politik zu. Zunächst besteht in der ukrainischen Debatte über die politische Bedeutung der Regionen jedoch Unklarheit darüber, wieviele Regionen existieren und wie

---

<sup>44</sup> Kaufmann 1994:58-61

sie zu definieren seien. Nach der Unabhängigkeit wurde die politische Spaltung der Ukraine in einen West- und einen Ostteil oft als das größte politische Problem interpretiert (siehe Abschnitt 2).

Diese Spaltung wurde deutlich insbesondere an den Auseinandersetzungen um das "nationale Projekt" Ukraine - so um die Verbindlichkeit des Ukrainischen als Staatssprache und um das zukünftige Verhältnis zu Rußland.<sup>45</sup> Die politische Orientierung des Westens zielte dementsprechend auf "Nationalisierung", die des Ostens auf "Internationalisierung".<sup>46</sup> Nach dieser Lesart existieren letztlich "zwei Ukraines", wobei die Ostukraine inzwischen fast mehrheitlich die Wiedervereinigung mit Rußland anstrebt.<sup>47</sup> Tschurilow und Wydrin gehen davon aus, daß auch die Strukturierung der politischen Eliten dieser West-Ost-Teilung folgt, wobei als dritte regionale Gruppe der Süden (Odessa / Krim) in Frage käme, der seinen organisierten Weg nach Kiew noch nicht gefunden hat. Nach Meinung dieser Autoren ersetzt das regionale Prinzip der Elitenstrukturen das in der Sowjetunion vorherrschende der Klane und Dynastien - wobei die Abgrenzung mehr als undeutlich bleibt. Die jeweils 'siegreichen' Regionen würden ihre jeweiligen Konkurrenten aus den Gremien der Macht vertreiben, auch wenn dies unter dem Gesichtspunkt der Professionalität nicht zweckmäßig sein sollte.<sup>48</sup>

Die Soziologen Jewhen Holowacha und Natalja Panina dagegen teilen das Land - entsprechend den in Meinungsumfragen festgestellten politischen Profilen - in sechs politische Regionen: Kiew-Stadt, den Westen, den Osten, den Süden, die Zentralukraine und die Krim.<sup>49</sup> Auch Wolodymyr Solotaryow, Vorsitzender der (unbedeutenden) Konstitutionell-Demokratischen Partei der Ukraine, verneint in der Debatte um die Föderalisierung der Ukraine die Homogenität des Ostens:

"The events that unfolded following the elections (particularly the latest in a series of Crimean crises and the appeal of the Crimean government to Kyiv) clearly demonstrated that the notion that Ukraine is ideologically split into an «eastern» and «western» half is eminently false, in spite of the fact that this notion was pursued over the course of the past few years. The monolithic «anti-Ukrainian» East has, in reality, shown itself to be anything but homogeneous. On the contrary, another thesis was substantiated: that Ukraine exists as a polycentric entity, where regional centers, like Donetsk, Kharkiv, Lviv and Odesa, in an organizational, intellectual and economic sense, are on par with or, at least, not far behind the capital - Kyiv. Interestingly, these centers psychologically do not accept Kyiv as their capital (with the exception, perhaps, of Lviv), which is a factor that should not be treated lightly, since it has an impact on the relations between Kyiv and the regions."<sup>50</sup>

Eine letzte Meinung geht davon aus, daß die bestehenden Verwaltungsgebiete (*oblasty*) letztlich die entscheidenden territorialen Einheiten sind, in denen politische Einflußnahme entsteht. Als Gegenthese zu Tschurilow und Wydrin wird vertreten, daß das Klan-System der Sowjetunion in der Ukraine fortbesteht und der Kampf der *oblast'*-Klans um die politische Macht in Kiew das wesentliche politikbestimmende Element ist. Der Machtkampf zwischen dem alten Präsidenten Krawtschuk und dem damaligen Parlamentspräsidenten

<sup>45</sup> Vgl. hierzu Wittkowsky 1995

<sup>46</sup> Oksamitna / Makeev 1995:1

<sup>47</sup> Der Soziologe Walerij Chmelko (Chmel'ko 1995:19-20), der den Begriff der "zwei Ukraines" verwendet, erfaßt im Osten 49% Zustimmung zur Wiedervereinigung, im Westen dagegen nur 18%.

<sup>48</sup> Čurilov / Vydrin 1994:9-11

<sup>49</sup> Holovacha / Panina 1995:8

<sup>50</sup> Zolotaryov 1994:4

Iwan Pljusch wurde dementsprechend als ein Kampf zwischen den Bündnissen Donezk-Kiew und Schitomir-Bukowina interpretiert.<sup>51</sup> Die heutigen politischen Konflikte werden dagegen vornehmlich auf den Kampf des Dnjepropetrowsker mit dem Donezker Klan zurückgeführt.<sup>52</sup> Auch diese Argumentationen bleiben jedoch sehr diffus, weil wenig empirisch untermauert.

Da das verabschiedete Wahlrecht der Ukraine dazu geführt hat, daß nicht Parteienbewerber, sondern regionale Interessenvertreter die stärkste Kraft im Parlament darstellen, sollte eine Untersuchung der Parlamentsfraktionen - insbesondere der sechs hauptsächlich von unabhängigen Abgeordneten besetzten - auf regionale Schwerpunkte Hinweise auf die Tragfähigkeit der verschiedenen zitierten Meinungen liefern. Keiner der Ansätze wird dabei jedoch eindeutig unterstützt. In den Gruppen "Reformen" und "Agrarier" finden sich Abgeordnete aus allen Regionen des nationalen Territoriums. Dagegen haben Kommunisten, "Unabhängige" und die Interregionale Deputiertengruppe einen eindeutigen Schwerpunkt im Osten, Süden und auf der Krim. Die Sozialisten rekrutieren sich aus dem Osten und der Zentralukraine, die Gruppe "Zentrum" aus dem Westen und der Zentralukraine. *Ruch* und "Staatlichkeit" dagegen stützen sich auf den Westen und die Hauptstadt Kiew.<sup>53</sup> Die Gruppe "Einheit" besteht als einzige fast ausschließlich aus Abgeordneten einer einzigen *oblast'* (Dnjepopetrowsk), jedoch finden sich weitere Abgeordnete dieses Gebiets auch in anderen Fraktionen wieder.

Inzwischen liegen Analysen zum Stimmverhalten der Fraktionen bei einigen wichtigen politischen Streitfragen vor. Dies sind die Abstimmungen über:

- (1) die Aussetzung des Privatisierungsprozesses, 29. Juli 1994;
- (2) die Annullierung des Verbots der Kommunistische Partei der Ukraine durch das Präsidium der alten Obersten Rada, 18. Oktober 1994;
- (3) den programmatischen Vortrag Präsident Kutschmas "Über grundsätzliche Wege der Wirtschafts- und Sozialpolitik", 19. Oktober 1994;
- (4) den Rechenschaftsbericht des Präsidiums des Obersten Sowjets, 7. April 1995.

Unter Nichtberücksichtigung von Enthaltungen, Stimmverweigerungen und Abwesenheiten ergibt sich das in Tabelle 2 wiedergegebene Bild.<sup>54</sup> Danach ist bei diesen Abstimmungen eine politische Spaltung zu beobachten, die - wenn man die oben getroffene regionale Einordnung der Fraktionen zugrundelegt - eine Ost-West-Spaltung des Landes bestätigen könnte.

---

<sup>51</sup> Garkuša 1993

<sup>52</sup> Džanhirov 1994

<sup>53</sup> Wittkowsky 1995, Anhang 1, aktualisiert im April 1995

<sup>54</sup> (1) - (3) nach Bilous 1995:9, (4) nach Kul'činskij 1995. Tomenko 1995:9-13 kommt für (1) - (3) zumindestens zu ähnlichen Zahlen.

**TABELLE 2: Abstimmungsverhalten in der Obersten Rada (Ja / Nein)**

<b>Fraktion; Gruppe</b>	<b>(1) Moratorium</b>	<b>(2) KPU</b>	<b>(3) Präsident</b>	<b>(4) Rechenschaft</b>
<b>Kommunisten</b>	82 / 0	89 / 0	29 / 46	80 / 0
<b>Ruch</b>	1 / 9	1 / 23	19 / 0	0 / 23
<b>Sozialisten</b>	25 / 0	27 / 0	18 / 4	25 / 0
<b>Zentrum (<i>Centr</i>)</b>	8 / 8	9 / 10	24 / 0	13 / 1
<b>Agrarier</b>	36 / 0	42 / 2	36 / 0	42 / 0
<b>Reformen</b>	2 / 17	0 / 28	18 / 1	1 / 24
<b>Einheit (<i>Jednist</i>)</b>	9 / 9	13 / 12	24 / 1	21 / 2
<b>Staatlichkeit (<i>Dershavnist</i>)</b>	3 / 11	0 / 26	18 / 0	2 / 15
<b>Interregionale Gruppe</b>	14 / 8	15 / 4	27 / 0	17 / 1
<b>Unabhängige Gruppe<sup>1</sup></b>				25 / 0

<sup>1</sup> gegründet im Februar 1995

Quellen: siehe Fußnote 54

Bricht man das Stimmverhalten jedoch bis auf die *oblast'*-Herkunft der Abgeordneten herunter, so zeigt sich, daß diese nicht einheitlich nach Gebieten abstimmen. Dies wiederum bestätigt die These von der Uneinheitlichkeit des Ostens und der mangelnden Genauigkeit der Zuordnung der Regionen zu bestimmten politischen Lagern.<sup>55</sup> Auch der heutige Machtkampf zwischen Präsident Kutschma und der Parlamentsmehrheit unter der Führung des sozialistischen Parlamentspräsidenten Moros widerspricht der Annahme einer Elitenkonkurrenz nach dem Ost-West-Schema. Kutschma hatte seine Hochburgen bei den Präsidentenwahlen im Osten des Landes<sup>56</sup>, und genau von dort kommt jetzt der größte Widerstand gegen seine Politik. Mithin ist der entscheidende politische Konflikt auf nationaler Ebene ein Ost-Ost-Konflikt.

Zum selben Ergebnis kommt man, wenn man die nationale Ebene nach dem Ansatz der regionalen Klane betrachtet. Es fällt ins Auge, daß die Dnjepropetrowsk-Fraktion "*Jednist*" (Einheit) bei den Präsidentenwahlen nicht den Dnjepropetrowsker Kutschma, sondern den

<sup>55</sup> Tomenko 1995:9-13

<sup>56</sup> Wasylyk 1994

Altpräsidenten Krawtschuk unterstützte.<sup>57</sup> Und findet die Fraktion heute überhaupt zu ihrer Einheit, so läßt sie sich in einem Stimmverhalten auf seiten der Kommunisten / Sozialisten und damit in der Regel gegen Kutschma charakterisieren. Zudem hat Kutschma nur einen Teil seiner Präsidentenverwaltung aus Dnjepropetrowsk und im übrigen hauptsächlich aus den Kiewer Eliten rekrutiert.<sup>58</sup>

Weder die Existenz "politischer Regionen" noch diejenige regionaler Klane ist offenbar in der Lage, die politischen Strukturen in der Ukraine ausreichend zu charakterisieren. Innerhalb der Regionen, die vielleicht punktuell einheitliche politische Forderungen (zum Beispiel weniger Steuerabführung an den Zentralstaat) erheben mögen, bilden sich unterschiedliche Interessenlagen heraus. Deshalb zielt eine weiterer Ansatz - der vornehmlich von Journalisten oder journalistisch tätigen Politologen gebraucht wird - darauf ab, die Bedeutung dieser transformationsspezifischen Herausbildung von Interessen, die vornehmlich ökonomischer Art sind, als Erklärungsmuster für Elitenstrukturierung und politische Konflikte heranzuziehen. Dies hat auch Folgen für die Frage der Nationalstaatsbildung.

#### *Interessenkonflikte innerhalb der Regionen (1): Krim*

Zunächst wurde der ökonomische Interessengruppenansatz zur Analyse der politischen Entwicklung auf der Krim herangezogen, nachdem auch dort der Ansatz rein regionaler Interessen nicht mehr weiterführte. Die Autonomiebestrebungen auf der ukrainischen Halbinsel waren zunächst hauptsächlich als ethnisch und machtpolitisch motiviert interpretiert worden. Erst 1954 war die Halbinsel als "Geschenk der Völkerfreundschaft" von Rußland an die Ukraine übertragen worden. Bis zum heutigen Tag ist das Gebiet ein Ausnahmefall: Es ist nicht nur mehrheitlich russischsprachig, sondern - im Gegensatz zur Ostukraine - auch ethnisch mehrheitlich russisch (*nacional'nost*). Die Bevölkerung stand allen Bestrebungen der Ukrainisierung äußerst reserviert gegenüber und begann bald nach dem Zerfall der Sowjetunion, ethnisch motivierte politische Bewegungen zu gründen, die auf die Zugehörigkeit der Krimbevölkerung zur russischen Nation abzielten. Jurij Meschkow, bis zur Abschaffung dieses Amtes durch die Kiewer Zentralmacht im Frühjahr 1995 "Präsident" der Krim, gewann sein Mandat als Kandidat der Bewegung "Blok Rossija".<sup>59</sup>

Zudem wurden mit den ungeklärten Eigentums- und Besitzverhältnissen hinsichtlich der Stützpunkte und Schiffe der Schwarzmeerflotte nationale Interessen sowohl der Ukraine als auch der Russischen Föderation berührt. Dabei mag es sein, daß der hohe Symbolwert die strategische Bedeutung der Flotte bei weitem übertrifft. Beide Faktoren führten jedenfalls dazu, daß die Konflikte auf der Krim in erster Linie als ukrainisch-russische interpretiert wurden.

Die Tatsache, daß der Oberste Sowjet der Krim schon bald nach der staatlichen Unabhängigkeit der Ukraine das Eigentum auf dem Territorium der Halbinsel unter die eigene Jurisdiktion stellte, ist aber bereits der erste Hinweis auf Interessenlagen, die einer einheitlichen Interpretation der Krimpolitik als separatistisch-antiukrainisch und prorussisch entgegenstehen. Spätestens Anfang 1994 wurde deutlich, daß es innerhalb der Krim-Eliten - insbesondere innerhalb des "Blok Rossija" - beachtliche Interessenkonflikte gab, die zu ei-

---

<sup>57</sup> Džanhirov 1994

<sup>58</sup> Pichovšek 1994b

<sup>59</sup> Wilson 1994; vgl. auch Len' 1995

nem offenen Machtkampf zwischen Oberstem Sowjet und Regierung der Krim führten. Auslöser war die Wirtschaftspolitik der von Krim-Präsident Jurij Meschkow berufenen Regierung, die unter dem aus Moskau 'entliehenen' Reformler Jewgenij Saburow den Umbau und die Öffnung der Wirtschaft betrieb. Das sonst so 'prussische' Krim-Parlament attackierte die Politik Saburows als Ausverkauf an Moskau; Mitglieder des Wirtschaftsrats des Präsidenten, so der Präsident des Unternehmens "Skif-88", Barkow, diffamierten seine Privatisierungsstrategie als "versteckte Form der Annektion des Territoriums".<sup>60</sup>

Saburow rechtfertigte seine Politik mit dem Argument, daß die ökonomischen Verbindungen der Krim zur Russischen Föderation einmalig intensiv seien: Die Wirtschaft sei größtenteils auf die Moskauer Militärstrukturen ausgerichtet gewesen, aber auch die Landwirtschaft habe größtenteils russischen Ministerien und Großunternehmen zugearbeitet. Die Selbstzentrierung der Ukraine nach der Unabhängigkeit habe die Krim deshalb viel stärker als andere Regionen getroffen. Eine wirtschaftliche Wiederbelebung sei ohne Direktinvestitionen nicht möglich, und diese würden nur aus Rußland kommen können. Nicht der Tourismus sei die Zukunft der Krim, sondern ihre Industrie.<sup>61</sup> Gegen das Privatisierungsmoratorium des Obersten Sowjets konnte Saburow jedoch kaum eines seiner Dekrete durchsetzen. Der Streit eskalierte im Versuch des Obersten Sowjets, den Präsidenten am 7. September 1994 zu entmachten. Meschkow konnte seine Position - nicht jedoch seine Regierung - nur mit Unterstützung Kutschmas retten.

Die politischen Gegenspieler Meschkows waren zumeist Vertreter der regionalen Nomenklatura. Den Krim-Parlamentariern wurde unterstellt, mit ihrer Blockadepolitik v.a. die Beteiligung 'ausländischen' Kapitals (aus Rußland und der Ukraine) an der Privatisierung des auf USD 10 Mrd geschätzten Vermögens der Krim auszuschließen.<sup>62</sup> Vielfach standen bei diesen Anklagen die Ferieneinrichtungen an der Südküste im Vordergrund. Marjana Tschorna, Journalistin bei der Wochenzeitschrift *Post Postup* in Lwiw, legt dagegen ihr Augenmerk auf die in den 50er Jahren entwickelten Einrichtungen des Militärisch-Industriellen Komplexes (WPK), die auch Saburow benannt hatte: Maschinenbauunternehmen in Simferopol, Werften in Sewastopol, Kertsch, Fedossija sowie Kontrollstationen für die Raumfahrtprogramme der Sowjetunion.<sup>63</sup>

Dieser interrepublikanisch besonders verflochtene Zweig der Sowjetwirtschaft hat nach Tschorna ein großes Interesse an der Wiederaufnahme der einstigen wirtschaftlichen und politischen Verbindungen. Sie vermutet, daß die politische Karriere Anatolij Frantschuks auf der Krim Teil einer Strategie war, mit Hilfe separatistischer Bewegungen die abgefallenen Teile der Sowjetunion zu destabilisieren, zumindestens aber die politische Führung der Krim nach den Interessen des WPK zu gestalten. 1990 wurde Frantschuk, bis dahin Erster Stellvertretender Minister für den WPK der Sowjetunion, Stellvertreter des damaligen Krim-Präsidenten Bagrow. Als Sowjetminister war er Vorgesetzter von Leonid Kutschma, dem Direktor des Rüstungskonzerns "Jushmasch"; heute ist er Schwager des Staatspräsidenten Kutschma - *belli gerant alii, tu felix WPK nube!* Trotz aller innenpolitischen Auseinandersetzungen konnte er seine Regierungsfunktion halten, bis er zuletzt Nachfolger des gescheiterten Saburow wurde. Seinen Kabinettsmitgliedern Sentschenko, Iwantschenko, Schyschkin und Michailow sagt Tschorna ebenfalls die Repräsentation von WPK-Interessen

<sup>60</sup> Gucaluk 1994; Semena 1994 (Übers. A.W.)

<sup>61</sup> Autorenmitschrift des Vortrags von Jewgenij Saburow auf der Konferenz "Pozvitok podij u Krimu: Dilema dlâ Ukrad'ni ta zna ennâ dlâ rehional'nod' bezpeky" (Kyd'v 23.-25.08.1994)

<sup>62</sup> Semena 1994

<sup>63</sup> Čorna 1994b:9; Len' 1995

nach.<sup>64</sup> Der innenpolitische Konflikt auf der Krim wäre demnach ein Konflikt zwischen der WPK-Elite, die auf eine schnellstmögliche Reintegration des Allunionsraumes drängen, und der regionalen Nomenklatura, die sowohl eine festlandsukrainische als auch eine russische Konkurrenz fürchten beim Versuch, sich die Vermögensobjekte der Krim anzueignen.

#### *Interessenkonflikte innerhalb der Regionen (2): Donbass*

Einen entsprechenden Ansatz zur Erklärung von Elitenkonkurrenzen entwickelt Tschorna auch für den Donbass, das zweite ukrainische Gebiet mit stark gegen eine unabhängige Ukraine gerichteten politischen Bewegungen. Diese, v.a. der Bürgerkongreß und die Inter-Bewegung Donbass, konnten sich bei den Wahlen jedoch ebenfalls nicht durchsetzen. Bei den Parlamentswahlen wurden die Kommunisten, die hier mit dem Ziel der Wiedererrichtung der Sowjetunion antraten, überraschenderweise zur stärksten politischen Kraft.<sup>65</sup> Auf Gebietsebene kam es dagegen zu unterschiedlichen Wahlergebnissen: In der *oblast'* Donezk konnte mit Wladimir Stscherban ein parteiunabhängiger Unternehmer Gouverneur werden, in der *oblast'* Lugansk siegte der KPU-Funktionär Pjotr Kupin. In Lugansk konnten sich bei den Lokalwahlen einige marktorientierte Vertreter als Bürgermeister durchsetzen; im Stadtrat von Donezk wird die Mehrheit der Sitze von parteiunabhängigen Abgeordneten gehalten.<sup>66</sup>

Interessenkonflikte im Donbass können sich nicht an Ferienobjekten und Rüstungsproduktion entzünden; beides ist zumindestens in der *oblast'* Donezk kaum vorhanden. Vielmehr wird hier der Interessengegensatz inmitten der dominierenden Kohleindustrie verortet. Demnach entwickelte das Management von Kohlezechen, die auch in Zukunft Absatzchancen für ihre Produktion sahen, zwei Positionen: zum einen orientierte es sich auf den Nationalstaat, um von der mächtigen - weil produktiveren - russischen Konkurrenz geschützt zu werden; zum anderen befürwortete es innerukrainisch die Liberalisierung, um über den Markt die verlustträchtigsten Mitkonkurrenten um staatliche Subventionen auszuschalten. Diesen Teil der Kohlebarone sieht Tschorna vertreten durch den ehemaligen Direktor der Zeche "Sasjadka", Jefim Swjagilskij, der nach dem Sommerstreik der Bergarbeiter 1993 zum amtierenden Premierminister aufstieg. Eine Liberalisierung oder gar Privatisierung der Kohleindustrie ist unter Swjagilskij allerdings nicht erfolgt. Und nach dem illegalen Verkauf von Teilen der ukrainischen Staatsreserve und der darauf folgenden Anklage des Generalstaatsanwalts hält er sich inzwischen an einem unbekanntem, aber sicheren Platz im Ausland auf.

Der marktorientierte Teil der Kohleindustrie - so die weitere Argumentation - schloß aus strategischen Gründen ein Bündnis mit der neuen *bisnes*-Elite, die beispielsweise durch die Liberale Partei der Ukraine vertreten wurde.<sup>67</sup> Offenbar haben aber die weniger marktorientierten Teile der Kohleindustrie die besseren Verbindungen nach Kiew. Das Kohleministeriums - nach wie vor der ukrainische Monopolist in der Kohleförderung - beschloß administrativ die Erhöhung der Abnahmepreise über das Weltmarktniveau, um die Produktion kostendeckend betreiben zu können. Da dies kein Marktpreis ist, und die Einkaufspolitik der staatlichen Kohleverbraucher i.d.R. weiterhin keinen marktwirtschaftli-

---

<sup>64</sup> Čorna 1994b:10-12

<sup>65</sup> Jung 1994:54

<sup>66</sup> Čorna 1995a

<sup>67</sup> Čorna 1994a:15-16

chen Kriterien folgt, entspricht er einer verdeckten Subventionierung, die insbesondere den nichtrentablen Zechen zugutekommt.<sup>68</sup>

### *Sektorinteressen auf nationaler Ebene*

Auf nationaler Ebene wird der bisher entwickelte Ansatz ebenfalls verwandt. Im Parlament hat sich die hauptsächlich aus parteilosen Kolchosdirektoren bestehende Fraktion der Agrarier gebildet (vgl. Tabelle 1), die sich bereits vom Namen her als Interessengruppe des im Subventionspoker traditionell starken Agro-Industriellen Komplexes (APK) zu erkennen gegeben hat. Die Fraktion zeichnet sich durch ein ziemlich stabiles Abstimmungsverhalten aus, in der Regel auf seiten der Kommunisten / Sozialisten (vgl. Tabelle 2). Die Interessenorganisation auf nationaler Ebene wird in diesem Falle wohl dadurch begünstigt, daß dieser Sektor innerhalb der Ukraine nicht regional konzentriert ist.

Der Militärisch-Industrielle Komplex ist dagegen hauptsächlich auf die Städte Dnjepropetrowsk, Charkow und Kiew konzentriert. Präsident Kutschma, der ehemalige Direktor der "größten Raketenfabrik der Welt" Juschmasch, ist wohl der prominenteste aus diesem Sektor stammende Politiker. Sein Wahlsieg hat dementsprechend viel Anlaß zu Spekulationen gegeben, und seine ersten Äußerungen nach der Wahl haben Öl in das Feuer derer gegossen, die in ihm nur den politischen Vertreter der ukrainischen Filiale des WPK sehen. Bei seinem Antrittsbesuch im "Juschmasch"-Werk in Dnjepropetrowsk vertrat er beispielsweise die These: "In den USA sagt man: was gut ist für «General Motors», das ist gut für Amerika. Ich denke: was gut ist für «Juschmasch», das ist gut für die Ukraine."<sup>69</sup>

Zumindestens zwei Schlüsselstellungen in Kutschmas Umgebung sind inzwischen von Vertretern des ukrainischen WPK besetzt. Verteidigungsminister Walerij Schmarow, der "erste zivile Verteidigungsminister der Ukraine", hat bereits eine Karriere in einem Rüstungsbetrieb des Verteidigungsministeriums und als stellvertretender Generaldirektor der Nationalen Raumfahrtagentur - dem Hauptauftraggeber von Juschmasch - hinter sich. Als Stellvertretender Premierminister ist er zudem verantwortlich für den WPK. Der ehemalige Generaldirektor der Nationalen Raumfahrtagentur, Wladimir Gorbulin, wurde unter Kutschma Sekretär des Nationalen Sicherheitsrats. Bei Juschmasch arbeitete er an strategischen Raketensystemen und war stellvertretender Vorsitzender des Parteikomitees. Von 1980 an war er in der KPU zuständig für Luft- und Raumfahrttechnik.<sup>70</sup>

Diese persönlichen Verbindungen ergeben aber bisher nur ausreichend Stoff für die Spekulationen der Verschwörungstheoretiker (die nicht falsch sein müssen); die bisherige Politik Kutschmas sieht jedenfalls nach mehr aus als nach einer reinen Förderungsmaßnahme für den WPK. Es ist allerdings noch zu früh, ein Urteil über die Rolle der staatlichen Auftragsvergabe oder anderweitiger Förderung dieses Sektors zu fällen. Der von vielen nationalistisch orientierten Kräften befürchtete Ausverkauf an Rußland ist ausgeblieben - offenbar soll die gemeinsame Rüstungsproduktion nicht um jeden Preis gefördert werden. Es mag sein, daß Kutschma diese Machtstellungen nur mit Leuten besetzen wollte, denen er aufgrund gemeinsamen Herkunft und Erfahrungen vertrauen zu können glaubt.

<sup>68</sup> Čorna 1995b:8

<sup>69</sup> Zit. nach Kacman 1994 (Übers. A.W.)

<sup>70</sup> Pichovšek 1994b und 1995

#### 4. Elitenbildung und Nation

Betrachtet man die drei oben entwickelten Ansätze in Hinsicht auf ihre möglichen Konsequenzen für die Nationalstaatsbildung, so gibt eigentlich nur der wenig dienliche Ansatz der "Partei der Macht" eine einigermaßen klare Antwort. Da der Untergang der Sowjetunion auch die politischen und ökonomischen Machtpositionen der alten Eliten in seinem Strudel mitzureißen drohte, waren diese bei Strafe ihres Untergangs auf die Errichtung und den Erhalt des Nationalstaats Ukraine angewiesen. Aber bereits nach kurzem zeigte sich, daß es auch innerhalb der souveränen Ukraine Sieger und Verlierer geben würde: Die Planwirtschaft war nicht wieder herzustellen - am wenigsten innerhalb nur eines Teilgebiets der ehemaligen Sowjetunion - und die Macht des entfesselten Geldes - so inflationär es auch sein mochte - brachte die Herausbildung ökonomischer und politischer Interessen sowie Konflikte zwischen ihnen mit sich.

Den Parteien gelang es nicht, diese Interessen zu bündeln und zu einer stabilen nationalen Parteiendemokratie zusammenzufassen. Oleg Soskin, Vizedirektor des Instituts für Weltökonomie und internationale Beziehungen sowie zwischenzeitlich glückloser Vorsitzender der Liberalen Partei, vertritt die These, daß sich Parteien nach existierenden sozialen Lagen oder Interessen formieren.<sup>71</sup> Sollte dies zutreffen, so hat die Mehrheit der Bevölkerung keine klaren Vorstellungen von ihren Interessen oder die entsprechenden Parteien haben sich noch nicht formiert. Insbesondere die liberalen Kräfte fanden bei den Wählern nur wenig Zuspruch. Wenn schon ein Zollverein kein Vaterland ist, wie soll dann der Eigennutz eines freien Marktes die Massen mitreißen. Zwar mögen alle die Früchte einer funktionierenden Marktwirtschaft genießen wollen, deshalb aber Millionären die Stimme zu schenken, während man selbst Subsistenzwirtschaft betreibt, verlangt angesichts der Existenz nichtrationaler Elemente in der menschlichen Existenz denn doch allzuviel an innerer Zurücknahme. "Euer Kapitalismus ist wie ein toter Fisch im Mondschein. Er glänzt, aber er stinkt!" - dieses Fazit eines jungen Funktionärs der Kommunistischen Partei in Billy Wilders "Eins, zwei, drei" wird von vielen Ukrainern inzwischen angesichts des konkreten Erscheinungsbildes der Transformation geteilt.

Entsprechend gelang es Kommunisten und Sozialisten trotz eines angeblich gegen Parteien gerichteten Wahlgesetzes in ausreichendem Umfang Wähler an sich zu binden, um zumindestens die parlamentarische Politik wesentlich mitbestimmen zu können. Lediglich den stärker nationalistisch orientierten Kräften, die ebenfalls über eine starke ideologische Mobilisierungsfähigkeit verfügten, gelang ein ähnlicher Erfolg. Während bei diesen die Unterstützung des Nationalstaats eindeutig ist, kann man bei den sowjet-nostalgischen Kommunisten bisher nicht unbedingt davon ausgehen - auch wenn dies bei einer Machtübernahme ganz anders aussehen könnte. Für die Frage der Konsolidierung des Nationalstaats ist es allerdings unter Umständen bedeutsamer, daß parallel zu den ideologischen Unterschieden zwischen den drei starken Parteien eine geographische Spaltung besteht. Ein auf heutigen Verhältnissen beruhendes Parteiensystem könnte auch zur Polarisierung des Landes beitragen.

Betrachtet man die Interessengruppenansätze, so bleibt das Bild ebenfalls unscharf. Geht man von Sektorinteressen aus, so hat die Kohleindustrie mit Sicherheit ein Interesse am

---

<sup>71</sup> Autorenmitschrift des Vortrags von Oleg Soskin auf der Konferenz "Centr - rehiony: spivvidno ennâ i vzajemozv"âzky" (Kyďv 26.04.1995).

neuen Nationalstaat, da nur er das innerhalb der GUS wohl unrentabelste Kohlerevier am Leben halten kann. Dagegen ist es bezüglich des WPK unklar, ob eine auf die weitgehende Aufgabe von Souveränitätsrechten zielende politische Integration mit Rußland die beste Strategie zur Sicherung der Produktion ist, oder ob andere Export- bzw. Konversionsstrategien eingeschlagen werden. Die bisherige Politik Kutschmas bestätigt trotz seiner personellen Entscheidungen noch nicht die These, daß seine Präsidentschaft der Versuch des WPK zur Rettung und Wiederherstellung der alten Produktionsverflechtung ist, die ohne eine starke sicherheitspolitische Annäherung der beiden Staaten nicht denkbar ist.

Ähnlich verhält es sich bei den Regionen. Auf der Krim beherrschten bisher ethnisch-kulturell motivierte separatistische Forderungen die politische Szene, und der Wahlerfolg war hier vom Bekenntnis zu diesen Forderungen wesentlich abhängig. Es wurde aber zunehmend deutlich, daß diese allein die Politik nicht bestimmen, sondern daß die Vertreter ökonomischer Interessen das ungeklärte Verhältnis zu Kiew in ihrem innenpolitischen Machtkampf nutzten. Im Donbass dagegen setzten sich auch bei den lokalen Wahlen eher parteilose Politiker durch; die mit mehr oder weniger separatistischen Forderungen angetretenen organisierten politischen Kräfte wurden - mit Ausnahme der Kommunistischen Partei - in die Bedeutungslosigkeit verbannt. Ein stabiler politischer Konsens zur Separation ist in beiden Regionen nicht zu beobachten - offenbar sind die Erwartungen an den neuen Nationalstaat nicht einheitlich negativ.

Vieles hängt offenbar ab von der Bewertung der eigenen Chancen innerhalb der Ukraine und der damit verbundenen Erwartungen. Da erstere unter einem erheblichen Informationsdefizit bzw. mangelnder Qualität der Informationen stattfindet, fällt auch eine einigermaßen realistische Einschätzung der Erwartungen der Akteure schwer. Die Prognose weiterer Konflikte im Rahmen der ukrainischen Nationalstaatsbildung bleibt daher mit einigen Unsicherheiten behaftet. Offensichtlich hat aber die Orientierung nach Kiew als Entscheidungszentrum zugenommen, auch wenn die dort getroffenen Beschlüsse oft mißbilligt werden.

## Literatur:

- Belyj, Oleh 1994: Nihilism and political phantoms of the postcommunist period. Kiev: *Političeskaá mysl' / Political Thought* 4/94:112-118
- Bilous, Artur 1995: Pivtory sotni reformatoryv šče ne pátuút' ukráins'ku demokratiú. *DEMOS - analityčno-informacijnyj tižnebyk* No 5/95:8-13, Kyiv: Centr demokratičnych reform (DEMOS Centr)
- / Haran', Oleksij / Paškov, Mychajlo / Tomenko, Mykola 1993: Establishment of the multi-party system. Kiev: *Polityčna dumka / Political Thought* 1/93:121-126
- Bolbat, Tat'ána / Lykov, Vladimir / Chaimova, Elena 1994: Političeskie partii, obščestvennye organizacii i dviženiá Doneckoj oblasti. Doneck: RIP Lebed'
- Brzezinski, Zbigniew 1994: The Great Transformation. Kiev: *Polityčna dumka / Political Thought* 3/94:123-132 (Erstveröffentlichung in *The National Interest* 33/1993)
- Chmel'ko, Valerij 1995: Dva beregy - dva sposoby žyttá. Lingvo-etnični struktury ta social'ni orijentacii pravoberežnoj i livoberežnoj Ukraïny. *DEMOS - analityčno-informacijnyj tižnebyk* No 1/95:17-20, Kyiv: Centr demokratičnych reform (DEMOS Centr)
- Clement, Hermann / Knogler, Michael / Sekarev, Alexej 1993: Verschärfte Wirtschaftskrise in der Ukraine. Inflationäre Geld- und Finanzpolitik bei ordnungspolitischer Stagnation. München: *Schriften des Osteuropa-Instituts* Nr. 161 (September)
- Čorna, Mar'ána 1994a: Donbas: The neo-liberals are beating the communists on the latter's home field. *DEMOS - an analytical & informational journal* 1/94:15-18, Kiev: The DEMOS Center for Democratic Reform
- 1994b: The Crimean labyrinth: All paths lead to the Military-Industrial Complex. *DEMOS - an analytical & informational journal* 1(4):9-15, Kiev: The DEMOS Center for Democratic Reform
- 1995a: Schidnyj Donbas: Tážke probudženná. *DEMOS - analityčno-informacijnyj tižnebyk* No 1/95:6-11, Kyiv: Centr demokratičnych reform (DEMOS Centr)
- 1995b: Kartel' na dotacii. Minvugleprom ák faktor ukráins'koï polityky. *DEMOS - analityčno-informacijnyj tižnebyk* No 7/95:6-11, Kyiv: Centr demokratičnych reform (DEMOS Centr)
- Čurilov, Nikolaj / Vydrin, Dmitrij 1994: Ukráinskaá političeskaá élita: osobennosti évolúcii i évolúciá oobennostej. Kiev: (mimeo; gekürzt nur von Vydrin veröffentlicht in *Kievskie vedomosti* 03.09.1994:4)
- Dabrowski, Marek 1994: The Ukrainian way to hyperinflation. *Communist Economies & Economic Transformation* 6(2):115-137
- Dergačev, Aleksandr / Makeev, Sergej 1994: Three years of Ukrainian independence: Trends of social development. Kiev: *Političeskaá mysl' / Political Thought* 4/94:105-110
- Džanhirov, Dmytro 1994: Donec'k i Dnepropetrovs'k u borot'vi za Kyiv. *UNIAN-Polityka* 39(70)
- Eberwein, Wilhelm / Tholen, Jochen 1994: Zwischen Markt und Mafia. Russische Manager auf dem schwierigen Weg in eine offene Gesellschaft. Frankfurt-M: Edition Blickbuch Wirtschaft
- EU (European Union Observer Center) 1994: The parliamentary elections in Ukraine. Information package for repeat voting (09.-10.04.1994). Kiev: European Union
- Garkuša, Aleksej 1993: Nomenklaturnye klany: kto kogo na vyborach? *Most* 22/1993:4
- Gucalúk, Artem 1994: Vnutrennáá stabil'nost' pri radikal'nom reformirovanii - éto kak raz to, što tak neobchodimo segodná dlá rešeniá krymskich problem. *Finansovaá Ukraina* 48/94:3
- Haran', Oleksij 1993: Ubyty drakona. Z istorii Ruchu ta novych partij Ukraïny. Kyiv: Lybid'
- Hoff, Magdalene / Timmermann, Heinz 1994: Belarus in der Krise: Die "Partei der Macht" drängt auf Rückwendung nach Rußland. Köln: *Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien* 22/94
- Holovacha, Jevhen / Panina, Natalá 1995: Hromads'ka dumka v rehionach Ukraïny. Rezul'taty zahal'nonacional'noho opytuvanná. *Polityčnyj portret Ukraïny* No 11:8-15, Kyiv: Demokratični iniciatyvy
- IFES (International Foundation for Electoral Systems) 1994: Elections in Ukraine 1994. Kiev: IFES
- Jung, Monika 1994: The Donbas factor in the Ukrainian elections. *RFE/RL Research Report* 3(12 / März):51-56
- Kacman, Vladimir 1994: Čto chorošo dlá Ūžmaša, to chorošo dlá strany. *Kievskie vedomosti* 27.07.1994:3
- Kaufmann, Daniel 1994: Diminishing returns to administrative controls and the emergence of the unofficial economy: a framework of analysis and applications to Ukraine. *Economic Policy* (December):51-69
- Kul'činskij, Roman 1995: Verchovnyj sovet opredelil svoj cvet. Nakonec-to. *Kievskie vedomosti* 15.04.1995:3
- Kuzio, Taras 1993: Das Mehrparteiensystem in der Ukraine. Identitätsprobleme, Konflikte und Lösungen. München: *Osteuropa* 9(43)
- Len', Ol'ga 1995: Krimskij krizis: Apogej ili tol'ko načalo nastoáščich sobytij? *Most* 12/95:4-5
- Lüthje, Jürgen 1995: Elite statt Bildung? *Der Spiegel* 27/95:180

- Mink, Georges / Szurek, Jean-Charles 1994: Adaption strategies of former communist elites. Kiev: *Političeskaâ mysl' / Political Thought* 4/94:139-147
- Mustafin, Aleksej 1994: Nacional'-demokraty uchodât v parallel'nye miry. *Finansovaâ Ukraina* 34/94:2
- Offe, Claus 1994: Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten. Frankfurt-M / New York: Campus
- Oksamitna, Svitlana / Makeev, Sergij 1995: Sociolohičnij rakurs polityčnoï heohrafiï Ukraïny. *Polityčnyj portret Ukraïny* No 11:1-7, Kyïv: Demokratičnyi inicyatyvy
- Pichovšek, Váčeslav 1994a: Ukrainian Trade Union Federation: Current analysis. Kiev: Ukraïns'kij nezaležnyj centr polityčnych doslidžen'
- 1994b: Vsâ prezidentskaâ rat' ili političeskie portrety členov administracii Prezidenta. Kiev: Ukraïns'kij nezaležnyj centr polityčnych doslidžen'
- 1995: 'Žestkaâ vertikal' ispolnitel'noj vlasti' ili Delo Vladimira Gorbulina. *Most* 17/1995:3-5
- Polochalo, Volodymyr / Slúsarenko, Anatolij 1993: Political process and political elite. Kiev: *Polityčna dumka / Political Thought* 1/93:109-12
- Potichnyj, Peter J. 1994: Formation of political parties in Ukraine. Köln: *Berichte des Bundesinstituts für ost-wissenschaftliche und internationale Studien* 1/94
- Rábčuk, Nikolaj 1994: Democracy and the so-called "Party of Power" in Ukraine. Kiev: *Političeskaâ mysl' / Political Thought* 3/94:154-60
- Ryžkov, Vadym 1994: An elitist oligarchic democracy and its role as a stabilizing factor in society. *DEMOS - an analytical & informational journal* 8/94:15-16, Kiev: The DEMOS Center for Democratic Reform
- Semena, Nikolaj 1994: Krimskij 'pilog' pora delit'... Ėksperty sčitaút: Mnogie sdelki po privatizacii - éto skrytaâ forma anneksii territorii. *Kievskie vedomosti* 26.08.1994:3
- Solchanyk, Roman 1992: Ukraine: From sovereignty to independence. *RFE/RL Research Report* 3 January 1992:35-38
- Soskin, Oleh 1995: Arbeitspapier zur Konferenz "Centr - rehiony: spivvidnošennâ i vzajemozv"ázky" (Kyïv 26.04.1995). Kyïv: Ukraïns'kij nezaležnyj centr polityčnych doslidžen'
- Tomenko, Mykola 1995: Ukraine's current Verkhovna Rada: Analysis and prospects. in: The Verkhovna Rada of Ukraine: Paradigms and paradoxes:9-17. Kiev: Ukrayinska Perspektyva
- Wasylyk, Myron 1994: The election of President Kuchma. *Update on Ukraine* 17/94:1-2. Kiev: Council of Advisers to the Parliament
- Wilson, Andrew 1994: Vybory v Krimu. Arbeitspapier zur Konferenz "Pozvitok podij u Krimu: Dilema dlâ Ukraïni ta značennâ dlâ rehional'noi bezpeky" (Kyïv 23.-25.08.1994)
- Wittkowsky, Andreas 1994: Bericht über das Deutsch-Ukrainische Gewerkschaftsseminar der Friedrich-Ebert-Stiftung (Kiew, 06.-09.02.1994). Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung (mimeo)
- 1995: Ukraine 1994: Konturen eines neuen nationalen Projekts. Bremen: Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa, Nr. 10 (Januar)
- Zolotaryov, Volodymyr 1994: A federative system of government a a means of resolving the present crisis in Ukraine. *DEMOS - an analytical & informational journal* 7/94:3-6, Kiev: The DEMOS Center for Democratic Reform